Potsdams]andere[Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Mai 2021 Nr. 5 · 17. Jahrgang

Ziel bleibt eine soziale Mietenpolitik

DIE LINKE verlangt Kurswechsel in der Wohnungspolitik/Mietendeckel für ganz Deutschland

Am 15. April 2021 hat das Bundesverfassungsgericht den Mietendeckel für verfassungswidrig erklärt. Die Begründung macht fassungslos: Weil die Bundesregierung mit ihrer fast völlig wirkungslosen Mietpreisbremse das Mietpreisrecht bereits geregelt habe, dürfen Bundesländer nichts gegen den Mietenwahnsinn machen.

Dazu erklärten Susanne Hennig-Wellsow und Janine Wissler, Vorsitzende der Partei DIE LINKE: „Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist natürlich bedauerlich. Viele Mieterinnen und Mieter müssen jetzt wieder darum bangen, dass sie aus ihrer Nachbarschaft verdrängt werden und dass sie ihre Mieten zahlen können. DIE LINKE wird sich weiter mit aller Energie für eine soziale Mietenpolitik einsetzen.



Doch auch nach diesem Urteil ist ein Mietendeckel möglich. Das Gericht sprach die Kompetenz in dieser Frage der Bundesebene zu. Hier wird DIE LINKE nun um so mehr Druck machen, um Mieterinnen und Mieter vor überzogenen Mieten zu schützen."

Siehe auch Seite 7.

In dieser Ausgabe

2 **LINKS informiert**
Peitsche statt Hilfe – die Sozialpolitik der AfD

3 **LINKS gewählt**
Leitantrag zum Wahlprogramm/ VVN/BdA wieder gemeinnützig

4 **LINKS Im Kalender**
Trauer um Günter Pappenheim/ Kurt Laube und Walter Klausch – zwei Kommunisten aus Nowawes/Tag des Sieges

5 **LINKS Im Rathaus**
Der teure Winter/ Wirksamere Steuerung kommunaler Unternehmen/ Sicherung der KGA „An der Katharinenholzstraße"

6 **LINKS DIREKT**
Kolumne „Hannemann vs. Hartz IV"/ Corona-Zuschlag auf Regelsatz /Lohnlücke in Brandenburg/ Norbert Müller: Wer zahlt die Kosten der Krise?/ Isabelle Vandre: Wir brauchen einen bundesweiten Mietendeckel!/ unblock Cuba

7

8 **DIE LETZTE SEITE**
Fahrland hat gewählt – neues Ortswappen/Der Mai im Waschhaus/Fridays for future.Potsdam fordert Antworten/Hobbyfotografen gefragt/Sommercamp bei „03"/Tauschregal in Drewitz/ Die Bühne auf der Freundschaftsinsel/

DIE LINKE mobilisiert Potsdam



Zu den Rednern beim Ostermarsch in Potsdam gehörte selbstverständlich für die Partei DIE LINKE Norbert Müller (MdB). Foto: B. Martin

Housing Action Day in Potsdam. Unter dem Motto "Potsdam für Menschen, statt für Profite!" fanden am 27. März 2021 in Potsdam mehrere Aktionen statt. So wurde u.a. ein "Möbliertes Wohnzimmer" vor dem Kaufland in der Zeppelinstraße aufgebaut und für 30 Euro/m² angeboten, am Vermietungsbüro der Deutschen Wohnen in der Großbeerenstraße hieß es "Wohnungskonzerne enteignen – heute in Berlin, morgen in Potsdam!", beim Vermietungsbüro der ProPotsdam wurde über das geplante Bürgerbegehren für einen „Potsdamer Mietendeckel" informiert und am Staudenhof forderten Aktivisten "Kein Abriss! Bezahlbaren Wohnraum erhalten!". Am Nachmittag startete am RAW-Gelände dann ein 300 Mann starker Demonstrationszug zum Staudenhof. Aufgerufen hatte die Initiative "Stadt für alle".

Ostermarsch zum 20. Mal in Potsdam. "Die nukleare Bedrohung, die Klimakrise und die Erosion der Demokratie gefährden das friedliche Zusammenleben der Menschen. Trotz Corona-Pandemie wird weltweit weiter aufgerüstet. Dabei ist der Wandel zu einer neuen Friedens- und Entspannungspolitik dringend erforderlich. Im Sinne einer lebendigen Demokratie setzen wir uns im Jahr der Bundestagswahl zu Ostern und darüber hinaus energisch für Frieden und Abrüstung ein", hieß es im Aufruf der Friedenskooperative zu den diesjährigen Ostermärschen. DIE LINKE unterstützte diesen Aufruf und rief ihre Mitglieder auf, am Ostermarsch unter Einhaltung der Infektionsschutzmaßnahmen am 27. März 2021 am Platz der Einheit unter dem Motto: „Für eine atomwaffenfreie, friedliche, solidarische und ökologisch intakte Welt: Abrüstung statt Aufrüstung, Kooperation statt Konfrontation – Jetzt!" teilzunehmen.

Der 1. Mai. Ab 12.30 Uhr findet auf dem Potsdamer Lustgarten eine Kundgebung des DGB statt, wo Bundestagskandidat Norbert Müller (MdB) für DIE LINKE reden wird. Ab 15.00 Uhr organisieren wir dann am Filmmuseum eine eigene Kundgebung, als Protest gegen die AfD, welche wiederum ab 16.00 Uhr auf dem Lustgarten demonstrieren will. Alle Kundgebungen finden mit Abstand und Maskenpflicht statt. Wir freuen uns darauf, trotzdem viele Genoss*innen zu sehen.

Darüber hinaus wird der Kreisverband DIE LINKE am 1. Mai eine große, dezentrale Aktion durchzuführen. Ehrenamtlich sollen insgesamt 30.000 Flyer in Potsdam und im ganzen Wahlkreis 61 verteilt werden.

Informationen der Redaktion

Die Ausgabe Juni von „Potsdams anderen Seiten“ erscheint am 11. Juni 2021. Redaktionsschluss ist am 01.06.2021.

Die Redaktion

IMPRESSUM
„Potsdams andere Seiten“
Die Linke ◄ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Martina Trauth, Roland Gehrmann** Vorsitzende. Zeppelinstr. 7, 14471 Potsdam.
REDAKTION: Bernd Martin (V.i.S.d.P.); **Layout, Sophie Sumburane,** Redaktionssekretariat; Tel.: 0176 – 32 79 36 59 (d.); email: pas.redaktion@gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrender Kürzungen vor.
BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv
DRUCK: Nordkurier Druck GmbH & Co. KG.

Peitsche statt Hilfe - die Sozialpolitik der AfD



AfD - Asozial für Deutschland: AfD-Fraktionschef Gauland im Bundestag Foto: Imago Images

Ignorant gegen soziale Nöte und abfällig gegen Arme

Kein Einsatz gegen Kinderarmut, dafür Hetze gegen Schwangerschaftsabbrüche: In dem 47 Seiten langen Sozialkonzept der AfD werden keinerlei Maßnahmen im Kampf gegen Kinderarmut, wie etwa die Kindergrundsicherung, erwähnt. Selbst beim Thema Kindergeld, das nach AfD so erhalten bleiben soll, wie es ist, beschäftigten sie lediglich die „Missbrauchsmöglichkeiten“.
Dass Millionen Kinder hierzulande in Armut leben, scheint die AfD nicht umzutreiben. Ganz im Gegensatz zu Abtreibungen: Das Recht von Frauen über den eigenen Körper zu entscheiden, wollen sie möglichst unterbinden. So leidenschaftslos die AfD bei Armutsquoten von Kindern ist, so pathetisch wird es beim Thema Geburtenrate. Diese zu steigern, diene der „Bewahrung unserer Kultur und zum Fortbestand unseres Volkes“.

Kein Wort zu Bildungsungerechtigkeit

79 Prozent der Jugendlichen aus reichen Haushalten gehen auf Gymnasien, aus den armen Haushalten hingegen nur 27 Prozent. Und je früher Kinder auf verschiedene Schularten aufgeteilt werden, umso mehr werden die sozialen Unterschiede aus den Elternhäusern verstärkt. Doch diese Ungerechtigkeit ficht die AfD nicht an.
Im Gegenteil: So diffamieren die Rechtspopulisten das längere gemeinsame Lernen als „nicht bildungsgerechtes Bildungsexperiment.“ Auch in ihrem Grundsatzprogramm wird die frühe Aufteilung in unterschiedliche Schularten leidenschaftlich begrüßt: „Schüler haben unterschiedliche Begabungen und Bedürfnisse. Deshalb lehnt die AfD alle Arten von Gesamt- oder Einheitsschulen ab.“ Im Klartext: frühe Aufteilung ist ausdrücklich gewollt. Hier scheint der soziale Chauvinismus schon beim Reden über Kinder durch.
Die Frage, wie man Kindern, die von zu Hause aus nicht so viel Bildungskapital mit auf den Weg bekommen, besser unterstützen kann, ist der AfD noch nicht mal eine perspektivische Fußnote wert. Dafür steht für sie fest, dass „Projekte wie ‚Schule mit Courage, Schule gegen Rassismus‘ oder ‚Demokratie leben‘ sofort beendet werden“

Mehr Sanktionen statt Überwindung von Hartz IV

Wer unter unsicherer, prekärer Arbeit wie Leiharbeit oder sachgrundlosen Befristungen leidet, hat von der AfD nichts zu erwarten. In ihrem Grundsatzprogramm sowie in ihrem Sozialprogramm findet sich dazu nichts. Auch zur notwendigen Erhöhung der Einkommen des Pflegepersonals oder zur Erhöhung des Mindestlohnes findet sich kein Wort. Bei der AfD hat man sich lediglich dazu durchgerungen, den Mindestlohn beizubehalten.
Auch die Sorgen und Nöte von Menschen im Hartz-IV-System sind der AfD keine Zeile wert. Lediglich in einem Satz führt sie in ihrem Grundsatzprogramm aus, dass sie das Arbeitslosengeld II durch eine „Aktivierende Grundsicherung“ ersetzen möchte. Aussagen von AfD-Abgeordneten im Bundestag und im Ausschuss für Arbeit und Soziales vermitteln jedoch eine Ahnung, was gemeint ist, wenn die AfD von aktivierend spricht: mehr Sanktionen, mehr Schikane und weniger Geld für die Hartz-IV-Betroffenen. Im November 2019 urteilte das Bundesverfassungsgericht über die Hartz-IV-Sanktionspraxis und erklärte sie zum Teil für nicht vereinbar mit dem Sozialstaatsgebot und der Menschenwürde. Während die Abgeordneten der LINKEN und der Grünen dieses Urteil als wichtigen sozialen Fortschritt begrüßten, zeigte sich der AfD-Mann Schneider sehr betroffen. Das Ärgerliche an dem Urteil sei, dass man so der Politik „die Peitsche genommen habe“. Und er legt noch nach: „Früher hieß es, haste Hartz IV, gehört der Tag dir. Jetzt würde es heißen: Haste Hartz IV, gehört der Monat dir.“ Wenn es um das Stigmatisieren von Hartz-IV-Betroffenen geht, ziehen Rechtspopulisten und Neoliberale offensichtlich an einem Strang.

So unsozial agiert die AfD im Bundestag

Auch während der Corona-Krise zeigte das Agieren der AFD im Bundestag immer wieder eins: Die sozialen Nöte der Arbeitslosen und Armen sind ihnen egal und werden von den AFD-Redner*innen diffamiert. Hier einige Beispiele aus der Rubrik „Nur falls noch irgendjemand glaubt, die AFD kümmere sich zumindest um die Sorgen der kleinen Leute.“
Am 11. Februar wurde im Bundestag ein Antrag der Linksfraktion zur Einführung eines Mindestkurzarbeitergeldes von 1200 Euro im Monat behandelt. Eine Forderung, die auch von Gewerkschaften und den vielen unterstützt wird, deren Kurzarbeitergeld so gering ausfällt, dass sie ihre laufenden Kosten nicht decken können. Auch diese soziale Verbesserung lehnte die AfD strikt ab. Dies sei „gegen die Marktwirtschaft.“
Am 12. Februar wurde im Bundestag über den Gesetzentwurf der Regierung für einen einmaligen Pandemie-Zuschlag für die Ärmsten abgestimmt. Nun gab es an diesem Entwurf viel zu kritisieren. Beispielsweise kritisiert ein Bündnis von 41 Sozialverbänden und Gewerkschaften zusammen mit der LINKEN, dass es sich nur um einen einmaligen Zuschuss handelt, wo doch die durch die Corona-Krise bedingten Mehrkosten monatlich anfallen. Doch der AFD ist selbst die einmalige Zahlung von 150 Euro an die Ärmsten zu viel, sie bezeichnet das als „sozialistisch“ und offenbart somit ihre Unkenntnis – sowohl über die sozialen Nöte als auch über Sozialismus.
Schon als im Januar der Antrag der Linksfraktion auf einen monatlichen Corona-Zuschlag für die Ärmsten, auch für Menschen mit Sozialrenten, behandelt wurde, gab es erwartungsgemäß Gegenwind von der Regierung, vor allem von der CDU, aber eben auch von der AfD. Deren Redner spricht von einer „Zumutung für den deutschen Steuerzahler“. Dass man solche Sozialleistungen auch finanzieren könnte, indem man Millionengewinne oder Millionenerbschaften stärker besteuert kommt ihm gar nicht in den Sinn.
Das war nur eine kleine Sammlung von Beispielen dafür, dass die AfD eben nicht nur rassistische Vorurteile schürt und gegen Flüchtende hetzt, sondern auch gegen arme Deutsche in Not. Im Klartext: Die AfD steht für soziale Kälte und das Treten nach unten.

Katja Kipping (gekürzt)

Leitantrag zum Wahlprogramm

Nichts ist alternativlos



Susanne Hennig-Wellsow und Janine Wissler bei der Präsentation des Entwurfs Foto: Martin Heinlein

„Es kommt auf uns alle an. Es kommt auf dich an!": So beginnt der Programmentwurf, der am 12. April 2021 der Presse vorgestellt wurde. Schon diese ersten Sätze machen klar, dass es für DIE LINKE in diesem Jahr um alles geht. Das schlägt sich auch in der Ansprache nieder. Schließlich will DIE LINKE deutlich machen, dass sie für den Aufbruch steht. Für eine Ära nach der CDU. Für Alternativen zum angeblich alternativlosen Einerlei: „Wir wollen einladen, macht mit, engagiert euch, es lohnt sich, dafür zu kämpfen, diese Gesellschaft gerechter und besser zu machen. Es ist nichts alternativlos. Wir können Gesellschaft verändern", betonte die neue Parteivorsitzende Janine Wissler in Berlin.

Intensive Diskussionen

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz stellten Wissler und die Ko-Vorsitzende Susanne Hennig-Wellsow den Entwurf der Presse vor. Bis auf die neugeschriebene Präambel folgt der Entwurf in groben Zügen dem Vorschlag der ehemaligen Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger. Die beiden hatten Anfang Februar den Programmentwurf „Zeit zu handeln. Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit!" vorgestellt. Das Papier wurde intensiv diskutiert. Auch auf insgesamt sechs Ratschlägen, die in diesem Jahr alle online stattfanden. Hier konnten sich Mitglieder und Interessierte aktiv in die Diskussion einbringen. Tatsächlich enthält das vom Parteivorstand diskutierte 147-seitige Papier einige Änderungen. Insgesamt hatte es rund 200 Änderungsanträge im Parteivorstand gegeben. Viele davon erfolgreich.

Klare Kante in der Friedenspolitik

Etwa bei der Vermögenssteuer, wie Janine Wissler erklärte: „In dem ursprünglichen Papier war generell von einem fünfprozentigen Satz bei Vermögen über einer Million Euro die Rede gewesen. Jetzt wird von einer stufenweisen Anhebung des Steuersatzes gesprochen". Klare Kante zeigt DIE LINKE in der Friedenspolitik. Hier ist der Entwurf unmissverständlich: „Die Bundeswehr muss aus allen Auslandseinsätzen zurückgeholt werden und darf nicht in neue entsendet werden. Wir wollen die Mittel, die bisher für Auslandseinsätze ausgegeben werden, in ein ziviles Aufbau- und Friedenssicherungsprogramm investieren." Zudem fordert der Entwurf, „dass alle Länder jährlich 10 Prozent ihres Militäretats nach unten schrauben", wie Susanne Hennig-Wellsow erläuterte. Statt einer Aufrüstungsspirale also eine internationale Abrüstungsspirale.
Den im Ursprungsentwurf enthaltenen „linken Green New Deal" sucht man nun vergeblich. Das Projekt firmiert jetzt unter dem Label „ökosozialer Umbau".

Mindestlohn und Mindestrente

Ansonsten enthält der Entwurf viele sehr konkrete Forderungen. Sei es der Mindestlohn von 13 Euro, die sanktionsfreie Mindestsicherung von 658 Euro statt Hartz IV oder eine Kindergrundsicherung. Eine Rentenversicherung, in die alle einzahlen sowie die solidarische Mindestrente von 1200 Euro. Bereits 2030 soll der Kohleausstieg in Deutschland vollzogen sein. „Die Industriestruktur muss regionaler, krisenfester und unabhängiger vom Export werden", heißt es im Entwurf. Ein staatlicher Transformationsfonds soll mit jährlich 20 Milliarden Euro den notwendigen ökologischen Umbau in der Industrie, insbesondere der Autozulieferindustrie, unterstützen. Der Entwurf sieht einen Mietenstopp vor und die Deckelung von Mieten in angespannten Wohnlagen. 250.000 Sozialwohnungen sollen pro Jahr gebaut werden.
Auch der Osten bleibt im Fokus der Partei. So fordert der Entwurf einheitliche Tarifgebiete und gleiche Löhne. Die Renten sollen endlich angeglichen werden. Der „Solidarpakt III" soll Regionen im industriellen Umbruch helfen. Die liegen längst nicht mehr nur im Osten.
Der Entwurf ist noch ein Entwurf bzw. ein „Leitantrag zum Wahlprogramm". Erst auf dem Parteitag am 19. und 20. Juni wird das Programm endgültig beschlossen.

Der Entwurf ist in voller Länge nachzulesen unter :
Zeit zu handeln. Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit

www.die-linke.de/wahlen/



Ein gutes Zeichen aus Berlin



Das Finanzamt für Körperschaften 1 in Berlin hat die Gemeinnützigkeit der VVN-BdA für 2019 wieder anerkannt. Dazu erklärt Jörg Schindler, Bundesgeschäftsführer der Partei DIE LINKE:
„Ein gutes Zeichen aus Berlin: Die VVN-BdA ist für das Jahr 2019 wieder als gemeinnützig anerkannt. Damit hat das Finanzamt eine Fehlentscheidung revidiert. Denn antifaschistisches Engagement dient selbstverständlich der Allgemeinheit und das sollte sich in der Besteuerung auch zeigen. Wir brauchen eine starke Zivilgesellschaft, die sich den Rechten entgegen stellt. Das passiert in den Parlamenten ebenso wie in Vereinen und anderen Organisationen. Deshalb freue ich mich besonders über diese Entscheidung. Jetzt fehlt nur noch die Anerkennung für die Jahre 2016-2018. Ich hoffe sehr, dass das Finanzamt auch hier schnell seine Fehler der Vergangenheit korrigiert."
Die VVN-BdA wertet das als Signal, dass die Vernunft siegen wird und ist jetzt zuversichtlich, bald auch eine positive Nachricht für die Jahre 2016-18 zu erhalten.
„ Das ist ein gutes und wichtiges Signal für den Antifaschismus in diesem Land! An dieser Stelle bedanken wir uns schon einmal bei allen, die uns bei dieser schwierigen und langen Auseinandersetzung unterstützt haben! Durch die große Solidarität, die verstärkte Öffentlichkeit und den lauten Protest von Vielen wurde deutlich, welche Bedeutung die VVN-BdA in diesem Land bis heute innehat, und dass Antifaschismus eine breite gesellschaftliche Basis hat.

Gemeinsam sind wir stark!"

1945 – Sieg über den Faschismus

Am 9. Mai feiert Russland den Sieg im Großen Vaterländischen Krieg - russisch: День Победы. Im Jahr 1965 wurde dieser Siegestag zu einem der wichtigsten Nationalfeiertage in der UdSSR. Der 9. Mai wurde zum Siegestag erklärt, weil in der Nacht vom 8. auf den 9. Mai 1945 der sowjetische Marschall Schukow die bedingungslose Kapitulation aller Wehrmachtsteile angenommen hat.
Der Große Vaterländische Krieg dauerte 1.418 Tage. Ca. 27 Millionen Menschen der ehemaligen UdSSR ließen ihr Leben im Zweiten Weltkrieg. Somit wurde der Siegestag für viele Leute zu einem privaten Gedenktag und ist es trotz Generationenwechsel bis heute geblieben.
Laut der Umfrage des analytischen Zentrums Lewada im Jahr 2020 verspürten 44% der Befragten Stolz und 22% Trauer um die Millionen Gefallenen, wenn sie an den Siegestag denken. Bei der Umfrage 2019 waren nur 23% dafür, den Siegestag mit Paraden und Feuerwerken zu feiern. 52% fanden, man sollte an dem Tag vor allem die Kriegsveteranen umsorgen. 76% der Befragten hatten vor, die Liveübertragung der Militärparade in Moskau zu verfolgen.
Die 75. Siegesfeier konnte schon im Jahr 2020 wegen der Corona-Krise nicht wie geplant stattfinden. Am 16. April 2020 ordnete der russische Präsident Wladimir Putin an, die Militärparaden und andere feierliche Aktivitäten zu verschieben. Es wurde versichert, dass die Parade und auch die Aktion "Unsterbliches Regiment" noch im Jahr 2020 nachgeholt werden. Am 9. Mai 2020 konnte man in Moskau nur die Flugparade mit 75 Flugzeugen und Hubschraubern bestaunen. Am 26. Mai 2020 teilte der Kreml mit, dass die Militärparade auf dem Roten Platz sowie Militärparaden in anderen Städten am 24. Juni 2020 stattfinden. Das Datum wurde deswegen gewählt, weil am 24. Juni 1945 die erste Militärparade zur Feier des Sieges im Zweiten Weltkrieg in Moskau abgehalten wurde.

2021 - DIE LINKE. trauert um Günter Pappenheim



Am Morgen des 31. März 2021 ist der ehemalige Vizepräsident des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Vorsitzende der Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora, Günter Pappenheim, in Zeuthen verstorben.
Die Ko-Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Susanne Hennig-Wellsow, zeigt sich tief betroffen vom Tod Günter Pappenheims und spricht den Hinterbliebenen ihr herzliches Beileid aus.
„Günter Pappenheim hat sich unermüdlich für die Aufarbeitung der NS-Herrschaft und gegen das Wiederaufleben von Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus eingesetzt. Mehr als ein Dreiviertel Jahrhundert nach der Befreiung vom Nationalsozialismus bedrohen rechter Terror und rassistische Hetze noch immer das Leben von Menschen. Deshalb ist die Erinnerung an die NS-Verbrechen und das Gedenken an die Opfer wichtiger denn je.
Günter legte als einer der Überlebenden des KZ Buchenwald den Schwur ab: 'Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.' Das war sein Kompass im Einsatz für Solidarität, Freiheit und Menschlichkeit. Und das ist auch der Leitfaden für DIE LINKE. Wir verlieren mit Günter Pappenheim einen Mitstreiter und einen Freund. Ich verbeuge mich vor ihm."
Weiter erklären die Landesvorsitzenden der LINKEN.Brandenburg, Anja Mayer und Katharina Slanina:
„Mit Günter Pappenheim verlieren wir einen aufrechten Antifaschisten in unseren Reihen, der durch sein konsequentes Handeln und seine klare Haltung für viele Vorbild war und ist. Sein antifaschistisches Engagement bereits in früher Jugend, sein Einsatz für Zwangsarbeiter*innen und Kriegsgefangene brachten ihn schließlich selbst 1943 als politischen Häftling in das Konzentrationslager Buchenwald, dessen Selbstbefreiung er 1945 miterleben durfte. In vielen Zusammenhängen und mit großem persönlichen Einsatz hat er sich seit Kriegsende dafür eingesetzt, dass die furchtbaren Verbrechen des Nationalsozialismus niemals in Vergessenheit geraten. Konsequent hat er seine Stimme gegen alte und neue Nazis erhoben und sein Leben dem Kampf dafür gewidmet, dass der Faschismus nie wieder sei.
Du wirst fehlen, Günter. Und wir werden Dein Andenken ehren, indem wir Deinen, unseren Kampf fortführen!"

1905 - Kurt Laube geboren

Am 25. Mai wird Kurt Laube in einer Arbeiterfamilie in Rathenow geboren. Nach Schul- und Berufsausbildung zieht er nach Nowawes und tritt zuerst dem KJVD (Kommunistischer Jugendverband Deutschlands) und im Jahr 1930 der KPD bei. Als Mitglied im RFB organisiert er mit der Machtübernahme der Nazis 1933 Arbeiterdemonstrationen und arbeitet schließlich politisch in Nowawes und Berlin illegal weiter. Nach der Emigration in die ČSR meldet er sich freiwillig, um in Spanien gegen die Faschisten zu kämpfen. Eingesetzt wird er als Kommissar der 2. Kompanie in einer Batterie im Bataillon „Edgar André", welches der XI. Internationalen Brigade zugeordnet ist. Am Ebro trifft er auch auf seine Nowaweser Genossen Walter Junker und Kurt Vogel. Auch Kurt Laube wird nach dem Ende des Krieges unter anderem in Gurs (Frankreich) interniert und durch die Vichy-Regierung an Nazi-Deutschland überstellt. In Potsdam wird er zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt, die er im Zuchthaus in Brandenburg zubringt. Obwohl er in ein Strafbataillon der Wehrmacht zwangsrekrutiert wird, gelingt ihm die Flucht zur amerikanischen Armee. Nach der Befreiung im Jahr 1945 übernimmt er politische Funktionen in der KPD, später in der SED, in der VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes), als Kreissekretär der GST und arbeitet schließlich als Redakteur der DEFA-Betriebszeitung. Am 18. Oktober 1987 stirbt Kurt Laube in Potsdam und wird an der Seite seiner Ehefrau auf dem Neuendorfer Friedhof in der heutigen Großbeerenstraße beigesetzt.

1907 - Walter Klausch geboren

Walter Klausch wurde am 8.5.1907 in Frankfurt/Oder geboren. Nach dem Besuch der Mittelschule erlernte er das Maurerhandwerk, absolvierte von 1925 bis 1927 die Baugewerksschule und studierte ab 1928 an der Akademie der Künste. Er wurde Meisterschüler des Meisterateliers für Baukunst. Im Jahr 1930 trat Walter Klausch der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) bei und wurde im Roten Nowawes in die Ortsgruppenleitung gewählt. Zu seinen engsten Kampfgefährten gehörten Kurt Vogel, Paul Kühne und Kurt Laube. Nach dem Machtantritt der Faschisten 1933 rief Klausch zum aktiven Widerstand auf und organisierte in der Illegalität zusammen mit Albert Klink, Walter Junker und Hans Ulrich die illegale Widerstandsarbeit in Nowawes.
Am 8. Juni 1933 wurde er von der Gestapo verhaftet und ins Konzentrationslager Oranienburg verschleppt. Dort soll er sich acht Tage später nach einer Vernehmung durch die SA mit seinen Hosenträgern erhängt haben. Damit gehört Walter Klausch - neben dem bekannten Schriftsteller Erich Mühsam - zu den mindestens 16 Menschen, die durch die Wachmannschaften des wilden Konzentrationslagers Oranienburg ermordet wurden.
Walter Klausch wurde auf dem Neuendorfer Friedhof in der Großbeerenstraße 81-83 im heutigen Babelsberg beigesetzt. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde ihm zu Ehren der damalige Baberowweg in Babelsberg zur Walter-Klausch-Straße umbenannt.

Red.(POTSDAM WIKI)

Das war ein teurer Winter



Einer alleinerziehenden Mutter aus Grube wurden einer Eingabe zufolge 1.151,70 Euro Gebühren für Straßenreinigung und Winterdienst in Rechnung gestellt. Die Höhe der Gebühren stellt für die betroffene Familie einen ausgesprochenen Härtefall dar, so der Stadtverordnete Ralf Jäkel (DIE LINKE), zumal es sich auch noch um ein Grundstück handelt, welches zum großen Teil landwirtschaftlicher Nutzung dient. Im Vergleich bspw. zu Werder/Havel das Neunfache an Gebühren, so Jäkel weiter, der sich mit einer Kleinen Anfrage an die Stadtverwaltung gewandt hat.

Vorbemerkung der Verwaltung:
Zu dem konkreten Vorgang kann im Rahmen der Anfrage keine Aussagen getroffen werden, da hier personen- und grundstücksbezogene Daten betroffen sind. Es erfolgt somit nur eine allgemeine Beantwortung.

1. Kann die Stadt Potsdam in solchem berechtigten Einzelfall einen größeren Teil dieser Gebühr erlassen?
Bei Abgaben finden Vorschriften des § 222 Abgabenordnung über Stundung, Niederschlagung und Erlass auf Grund der §§ 1 und 12 KAG Bbg Anwendung. Die Aussetzung der Vollziehung richtet sich nach § 80 Abs. 4 VwGO. Im Rahmen der Festsetzung von öffentlichen Abgaben kann der Schuldner den Erlass beantragen.

2. Wie kann in den Gebührensatzungen ein Kappungsgrenze festgesetzt werden, die für derartige Fälle automatisch die Gebühren auf ein vertretbares Maß begrenzt?
Aus der Fragestellung kann nicht ermittelt werden, was mit Kappungsgrenze gemeint ist. Eine Satzungsregelung, die einen automatischen Erlass von Gebühren regelt ist unzulässig, da sie den gesetzlichen Regelungen des Kommunalabgabengesetzes Brandenburg widerspricht.

3. Ist es zutreffend, dass in Werder/Havel Straßenreinigung und Winterdienst zusammen in Reinigungsklasse A 0,77 Euro /Frontmeter und in Reinigungsklasse B nur 0,42 Euro/Frontmeter kosten?
Die Zuständigkeit für die Gebührenerhebung im Gebiet der Stadt Werder/Havel liegt nicht bei der Landeshauptstadt Potsdam, so dass zum Satzungsrecht und der Gebührenkalkulation keine Angaben gemacht werden können.

4. Können Sie begründen, warum in Potsdam-Grube bei vierwöchentlicher Reinigung und Winterdienst mit 6,98 Euro /Frontmeter das Neunfache an Gebühren berechnet werden muss im Vergleich zu Werder?
Die Kalkulation der Straßenreinigungs- und Winterdienstgebühren erfolgt auf Grundlage des Kommunalabgabengesetzes Brandenburg und des Brandenburgischen Straßengesetzes. Die Gebühr ist nach der Inanspruchnahme der Einrichtung oder Anlage zu bemessen. Zur aktuellen Kalkulation wird auf den Beschluss 19/SVV/1176 verwiesen. Die für die Kalkulation maßgeblichen Sachverhalte (Kosten, Maßstabseinheiten usw.) sind den Beschlussunterlagen zu entnehmen.

5. Welche anderen Vorschläge zur Verringerung der Kosten können Sie unterbreiten?
Aus der Fragestellung kann nicht eindeutig abgeleitet werden, ob es um eine Verringerung des Aufwandes der Landeshauptstadt Potsdam für die beauftragten Leistungen Straßenreinigung und Winterdienst geht oder um die Kosten des Gebührenschuldners (somit um den unter 1. benannten Erlass).
Insoweit die Kosten der beauftragten Leistungen gemeint sind, kann eine Reduzierung nur durch Verringerung der Leistungsmengen (z. B. kein Winterdienst und keine Straßenreinigung im Ortsteil Grube) oder der Qualität (z. B. Reinigungsturnus ändern) erreicht werden. Dies sollte jedoch unter dem Gesichtspunkt der Pflichtaufgaben der Landeshauptstadt als Straßenbaulastträge aus dem Brandenburgischen Straßengesetz zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit (im Winter) sowie Ordnung und Sauberkeit nicht angestrebt werden.
Eine Kostenreduzierung für die Gebührenzahlerin kann nur über den formalen Weg des Erlasses erfolgen. Hierzu wurden die notwendigen Anforderungen bereits unter Frage 1 benannt.

Wirksamere Steuerung der kommunalen Unternehmen

Die Landeshauptstadt Potsdam verfügt über ein breites Tableau an kommunalen Unternehmen, die die wichtigsten Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge erfassen. Dazu gehören insbesondere die Stadtwerke Potsdam mit EWP, VIP und STEP, die PRO POTSDAM, das Klinikum Ernst von Bergmann, die Technologie- und Gewerbezentren Potsdam GmbH sowie das Hans-Otto-Theater. Diese Unternehmen sind gut aufgestellt und leisten einen wichtigen Beitrag zu einem funktionierenden städtischen Leben. Die Linksfraktion hat sich immer wieder für starke kommunale Unternehmen eingesetzt und z. B. mit Erfolg gegen den um 2000 geplanten Verkauf der Gewoba gekämpft oder auch die Absichten, zur Veräußerung des Klinikums verhindert. In der vergangenen Wahlperiode hat sich die Linksfraktion für eine Stärkung der Aufsichtsräte der städtischen Unternehmen eingesetzt, was allerdings nur zum Teil erfolgreich war. Jetzt fordert die Fraktion mit einem Antrag in der Mai-Sitzung der SVV eine wirksamere Steuerung der kommunalen Unternehmen durch die Stadtverordnetenversammlung ein. Danach soll diese Aufgabe beim Hauptausschuss konzentriert und viel intensiver als bisher wahrgenommen werden, indem u.a. halbjährlich über die Situation in den städtischen Unternehmen informiert und diskutiert wird, der städtische Beteiligungsbericht zeitnah behandelt wird, Vorschläge zur Weiterentwicklung des Beteiligungsmanagements entwickelt werden. Zudem wird die Verpflichtung des Oberbürgermeisters bekräftigt, den Hauptausschuss unmittelbar über wichtige Entscheidungen, wie z. B. die Bestellung und Entlassung von städtischen Geschäftsführern zu informieren. Da hiermit endlich Schlussfolgerungen aus Defiziten der vergangenen Jahre gezogen werden sollen, rechne ich mit einer breiten Zustimmung.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Sicherung der KGA „An der Katharinenholzstraße"

Der Bebauungsplan 34 "Katharinenholzstraße/Ribbeckstraße" in Bornstedt wurde am 04.05.1994 durch die Stadt aufgestellt und umfasst eine sehr umfassende Fläche zwischen Amundsenstraße, Potsdamer Straße, Eichenallee und Ribbeckstraße bis hin zum Krongut Bornstedt. Aus diesem Grund wurden seitdem mehrere Teilbebauungspläne ausgegliedert und zum Teil auch bereits zum Satzungsbeschluss geführt, die betreffende Fläche gehört jedoch nicht dazu.
Die darin befindliche KGA „An der Katharinenholzstraße" liegt an der Amundsenstraße, südlich der Katharinenholzstraße, wurde 1976 gegründet und umfasst 64 Parzellen auf etwa 2 Hektar. Im Kleingarten-Entwicklungskonzept von 2007 steht sie im Status „Sicherung durch Bebauungsplan zurzeit im Verfahren" drin – passiert ist seitdem jedoch leider nichts.
*Nun besteht jedoch das akute Problem, dass sich hier dasselbe wie in der allseits bekannten KGA „Am Angergrund" anbahnt. Die Flächen wurden verkauft, der neue Hamburger Eigentümer hat den Pächter*innen mitgeteilt, dass die Nutzung der Parzellen ohne geeignete zivilrechtliche Grundlage erfolgt, da es keine gültigen Pachtverträge gibt. Hintergrund ist, dass der Kreisverband Potsdam der Garten- und Siedlerfreunde e. V. kein Rechtsnachfolger des zu DDR-Zeit existierenden Verbandes der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter (VKSK) ist. Der Eigentümer verlangt daher die Herausgabe der vorgeblich rechtswidrig in Besitz genommenen Flächen.*
Um die Kleingartenanlage dauerhaft zu sichern, ist es nötig, diese in einem Bebauungsplan festzusetzen und für die Zeit der Aufstellung eine Veränderungssperre zu erlassen. Dabei zeigt die Erfahrung, dass die Zeit hier jetzt drängt.

Tina Lange
Stadtverordnete DIE LINKE

Beschäftigung als soziale Kontrolle

Inge Hannemann (Foto) ist eine der bekanntesten Kritiker:innen des Hartz-IV-Systems. In ihrer neuen Kolumne für "Links bewegt" schreibt sie regelmässig zu sozialpolitischen Themen.



"Wer zumutbare Arbeit ablehnt und wir werden die Zumutbarkeitskriterien verändern, der wird mit Sanktionen rechnen müssen", das sagte niemand anderes als Gerhard Schröder (SPD), bevor 2003 die Agenda 2010 in Kraft trat. Inzwischen ist diese sogenannte "Aktivierungspolitik" in aller Munde und besser bekannt als Hartz IV. Heute bleibe ich bei der Aktivierungspolitik. Was steckt dahinter? Wer hat's erfunden?

Wer nun denkt, das ist auf dem Mist von Schröder gewachsen, irrt. Schröder hat nur fortgesetzt, was 1999 im "Schröder-Blair-Papier" als sozialdemokratischer Aufbruch klingen sollte: Was tun mit den erwerbsfähigen Erwerbslosen? Und wie bringen wir diese möglichst schnell wieder in den ersten Arbeitsmarkt? Zwar verschwand das Papier schnell wieder in der Schublade, fand aber in der Hartz-IV-Gesetzgebung unter "Fördern und Fordern" eine Wiederbelebung.

Hauptsache beschäftigt und betreut

Und bis heute ist man der Ansicht, dass Erwerbslose aktiviert werden müssen. Dann müssen die Betroffenen halt mal acht Stunden lang puzzeln, Autos zählen, herumsitzen, häkeln oder Plastikobst verkaufen.

Koste es, was es wolle. Dass diese Kosten möglicherweise im Verhältnis zum Nutzen das nicht rechtfertigen, spielt dabei keine Rolle. Hauptsache beschäftigt und nicht zu vergessen: betreut. Wo kämen wir denn hin, wenn wir den Erwerbslosen ihre persönliche Freiheit lassen? Dass wir dabei Milliarden an Steuergeldern verprassen: egal. Hauptsache beschäftigt und betreut.

Überhaupt scheint es, dass Programme oder Arbeiten, die gefunden und durchaus kreativ kreiert werden, etwas Beliebiges haben. Ich möchte jetzt nicht sagen: schon fast überflüssig wirken. Schließlich möchte ich niemand auf die Füße treten. Die Programme sind auch nicht ganz überflüssig, da sie immerhin viele Arbeitsplätze für die Programmentwickler:innen schaffen. Nun mag ein/e Leser:in geneigt sein zu denken: sehr zynisch. Die Programme sind doch dafür da, um Erwerbslosen eine Chance auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen. Richtig. Aber hat jemand schon mal die Erwerbslosen gefragt, ob diese Beschäftigungsmaßnahmen ernst genommen werden (können)? Ob sie nachhaltig in eine Tätigkeit geführt haben? Ob man eine Betreuung benötigt, möchte oder überhaupt verträgt?

Kein Verlust der sozialen Kontrolle

Natürlich kann eine Beschäftigung soziale Kontakte geben oder die Teilhabe stärken und damit die Selbstachtung – ja sogar einen Lebenssinn geben. Damit dies aber geschieht, muss auch die Tätigkeit selbst einen Sinn geben. Zumindest muss sie einem wichtig vorkommen. Man bricht nicht unbedingt eine Maßnahme ab, weil man sie nicht schafft, sondern weil man den Sinn nicht darin sieht. Selbiges bei einem Job. Ein häufiger Jobwechsel passiert eher, weil einem der Job nicht viel bedeutet. Für die Jobcenter ist es natürlich einfacher, wenn jemand in einer Maßnahme oder in einem Ein-Euro-Job ist. Dann ist er gut "verpackt". Ich muss mich erstmal nicht um ihn kümmern. Aus den Augen, aus dem Sinn.

Damit ist der "Kunde" gut lenkbar und kontrollierbar. Ein Aspekt, der wichtig ist, um die soziale Kontrolle nicht zu verlieren. Und bevor die Jobcenter die Kontrolle verlieren, halte ich es wie Schröder in seiner Regierungserklärung 2003: "der wird mit Sanktionen rechnen müssen". Die Ursachen, nämlich mangelnde sinnstiftende Arbeitsplätze, Zeit für die Menschen und passgenaue Qualifizierungen werden mit Sanktionen bekämpft. Das ist die falsche Antwort auf die instabilen sozialen Verhältnisse. Wofür die Jobcenter gesellschaftlich und politisch nun aber auch nicht wirklich etwas können. Die unterwerfen und untergeben sich den Richtlinien, die ihnen vom Bundesarbeitsministerium hingeworfen werden.

Dass die Bundesagentur für Arbeit seit Jahren politisch neoliberal und hierarchisch geführt wird, macht es natürlich auch nicht einfacher. Allerdings funktionieren die Scheuklappen sehr gut, wenn es um Ideen oder Konzepte geht, das System "Hartz IV" menschlicher zu gestalten. Gerade die Corona-Pandemie hätte die Chance geboten, hier guten Willen zu zeigen. Der war nicht da. Die richtige Antwort wäre eine sanktionsfreie und existenzsichernde Mindestsicherung in Höhe von 658 Euro und die Übernahme der tatsächlichen Wohnkosten.

Sofortiger Corona-Zuschlag auf Regelsatz

Erneut hat ein Sozialgericht geurteilt, dass der Regelsatz für Leistungen nach dem SGB II, also sogenanntes Hartz IV, in der Corona-Pandemie verfassungswidrig zu gering bemessen ist. Hierzu erklärt Jörg Schindler, Bundesgeschäftsführer der Partei DIE LINKE:

„Mittlerweile kann man die schallenden Ohrfeigen der Sozialgerichte an den Gesetzgeber kaum noch zählen. Jetzt das Sozialgericht Karlsruhe: Es gab einer Antragstellerin statt, ihr ab sofort den Regelsatz um monatlich 100 Euro zu erhöhen.

Untätig, zu gering, nicht dauerhaft existenzsichernd, zu bürokratisch: Die Regierung ist sozialpolitisch ein Totalausfall. Alle können mit Händen greifen, dass die Corona-Zeit Menschen mit geringem Einkommen besonders hart trifft, weil die hierdurch gestiegenen Kosten nicht im Regelsatz abgebildet werden.

Auch einige Gerichte haben in den letzten Monaten schon durch Eilbeschlüsse entschieden, dass für Corona-bedingte Mehrbedarfe weitere Zahlungen erforderlich sind. Nur Hubertus Heil als zuständiger Minister und die Kanzlerin stellen sich blind, taub und stumm. Nicht nur die Impf- und Teststrategie ist ein Desaster, auch eine Sozialstrategie fehlt komplett. Diese brauchen wir aber, und ein erster Schritt wäre die sofortige Erhöhung des Regelsatzes für Erwachsene um mindestens 100 Euro in der Corona-Pandemie-Zeit."

So groß ist die Lohnlücke in Brandenburg



Der Stundenlohn bei Brandenburgs Frauen lag 2020 bei durchschnittlich 17,18 Euro brutto. Das sind rund 6 Prozent weniger als bei ihren männlichen Kollegen, die 18,23 Euro verdienten. Das teilte das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg mit. Im Vergleich zu anderen Ländern fällt die Lohnlücke damit noch moderat aus.

So erzielten Berlinerinnen einen durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von 20,37 Euro und damit rund 10 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen mit 22,60 Euro. Noch größere Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern wurden vor allem im früheren Bundesgebiet beobachtet. In den neuen Bundesländern bleibt der geschlechtsspezifische Verdienstunterschied hingegen relativ gering. Im deutschlandweiten Vergleich weist Thüringen mit 5 Prozent die geringste Lohnlücke auf, dicht gefolgt von Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern in der Corona-Pandemie-Zeit."

Wir brauchen einen bundesweiten Mietendeckel!



Am 15.04. hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass der Berliner Mietendeckel nichtig ist. Das bedeutet für diejenigen Berliner Mieter:innen, die bisher von den neuen Regelungen profitiert haben, Nachzahlungen und einen sich weiter aufheizenden Mietmarkt. Die Klage und das Urteil sind symptomatisch für eine konservative Wohnungspolitik. Seit Jahren blockiert die CDU jeden Eingriff in den Wohnungsmarkt, der die Profite von Immobilienkonzernen schmälern und bezahlbare Mieten für unzählige Menschen sichern könnte. Nur weil die Union im Bundestag wirksame Maßnahmen gegen explodierende Mietpreise immer verhindert hat, ist das Land Berlin mit dem Mietendeckel selbst aktiv geworden. Die rot-rot-grüne Landesregierung hat dort den Schutz der Mieter:innen vor die Profitinteressen der Immobilienwirtschaft gestellt. Dieser mutige Schritt wurde nun durch die Klage von CDU/CSU und FDP beim Verfassungsgericht gekippt. Dabei haben die vergangenen Monate gezeigt: Der Mietendeckel bringt eine spürbare Entlastung für tausende Miete:innen. Auch in Brandenburg macht die CDU keinen Hehl daraus, dass ihr die Interessen der Immobilienlobby wichtiger sind als bezahlbare Mieten für die Bevölkerung. Ich verweise auf die aktuelle Demontage der Mietpreisbremse, die in 15 von 30 Brandenburger Gemeinden abgeschafft wird. SPD und GRÜNE spielen hier dieses Spiel mit.
Bundespolitisch muss entweder zeitnah für einen bundesweiten Mietendeckel gesorgt werden oder aber den Ländern endlich die Kompetenz zugestanden werden, im Sinne der Mieter:innen mit Regulierungen in den freien Wohungsmarkt einzugreifen, um Modelle wie den Berliner Mietendeckel politisch und juristisch abzusichern. Wir brauchen endlich einen Paradigmenwechel in der Wohungspolitik! Es muss Schluss sein mit dem Hofieren von Investor:innen, stattdessen muss neben dem Mietendeckel auch eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit eingeführt werden. Nicht zuletzt muss die Enteignung von Immobilienriesen wie der Deutsche Wohnen und Vonovia ganz nach oben auf die wohungspolitische Agenda. Nur so können wir Wohnen stückweise dem Markt entziehen, denn Wohnen ist ein Grundrecht und keine weitere Möglichkeit, Geld von unten nach oben zu verteilen.
Eine solche Politik im Interesse der Mieter:innen ist mit der CDU nicht zu machen! Das gilt hier in Brandenburg, genauso wie im Bund. Die Bundestagswahl am 26. September bietet dafür die Chance auf einen echten Kurswechsel in der Wohnungspolitik. Für DIE LINKE steht fest: Wir brauchen einen bundesweiten Mietendeckel.

Isabelle Vandre (MdL)

Wer zahlt für die Kosten der Krise?

Während der Corona-Pandemie wurden schlagartig Milliarden mobilisiert. So konnten Unternehmenspleiten unterbunden oder durch Kurzarbeit Jobverluste verhindert werden. Klar ist aber auch: Viele der Hilfen fallen zu gering aus, sind zu bürokratisch oder helfen schlicht den Falschen. Trotzdem war und ist es richtig, kurzfristig viel Geld zur Verfügung zu stellen. Zunehmend stellt sich aber die Frage: Wer zahlt am Ende eigentlich den Deckel? Wird es nach Corona eine Rückkehr zur Schuldenbremse und weiteren sozialen Kahlschlag geben?
Meiner Auffassung nach ist es jetzt an der Zeit über eine einmalige Vermögensabgabe nach dem Vorbild des Lastenausgleichs nach dem Zweiten Weltkrieg zu diskutieren. Damit würden diejenigen, die von der Krise profitiert haben, zur Verantwortung gezogen. So soll Dieter Schwarz, zu dessen Unternehmensgeflecht Kaufland und Lidl gehören, laut Forbes sein Vermögen seit Beginn der Pandemie von 19,2 Mrd. auf 30,3 Euro gesteigert haben. Er ist dabei keine Ausnahme: Während viele Menschen mit geringeren Einkommen klarkommen müssen oder ihren Job verloren, ist die Zahl der Vermögensmillionäre in Deutschland weiter gewachsen. Eine Vermögensabgabe würde genau bei ihnen ansetzen. Sie würde die oberen 0,7 Prozent der erwachsenen Bevölkerung treffen. Mit dem Geld



könnten dann notwendige Investitionen beispielsweise im Gesundheitssektor oder beim Klimaschutz angeschoben werden. Ein solcher Ansatz, der von den Profiteuren der Krise einen Beitrag fordert, ist meines Erachtens nur gerecht.

Bundeswehr erkauft privilegierten Zugang zur Mangelware Kita-Platz

KiTa-Plätze sind in diesem Land nach wie vor Mangelware. Umso paradoxer wirkt es, dass bundesweit dutzende Plätze unbesetzt bleiben. Das ist zurückzuführen auf eine besondere Praxis der Bundeswehr. Diese erkauft sich vielerorts sogenannte Belegrechte und kann diese nach Belieben nutzen. Die Zahl der von der Bundeswehr vertraglich gebundenen Belegrechte stieg von 2014 bis Anfang 2021 von 277 auf 632 Plätze bundesweit. Aktuell bis zu 1.600 Euro pro Monat und Platz zahlt die Truppe und hat ihre Gesamtaufwendungen dafür seit 2016 nahezu verdoppelt. Diese Zahlen hat Norbert Müller mit einer Kleinen Anfrage (Drucksache 19/26634) ermittelt. Belegrechte werden vor allem dort gekauft, wo Kitaplätze besonders umkämpft sind. Für die Träger sind die Zahlungen eine willkommene Finanzspritze, wenn die Plätze noch nicht mal abgerufen werden, umso besser.
„Das Verteidigungsministerium verschlimmert eine ohnehin angespannte Lage und leistet dem dafür verantwortlichen Familienministerium einen Bärendienst. Es wirkt regelrecht so, als glaube die Bundesregierung, selbst nicht daran, dass sie das Problem der fehlenden KiTa-Plätze in den Griff bekommt.“, kommentiert der Potsdamer Bundestagsabgeordnete. Die Bundeswehr erkaufe für ihre Angehörigen mit Steuergeldern einen privilegierten Zugang zur Mangelware Kita-Platz. Das sei im höchsten Maße problematisch. „Die Bundesregierung wäre besser beraten, den Fokus auf die Beseitigung des fortwährenden Defizits an Betreuungsplätzen und die Verbesserung der Betreuungsqualität zu richten, statt wenige soldatische gegenüber anderen zivilen Familien zu bevorzugen.“, so Müller.

Kommentiert von Norbert Müller (MdB)

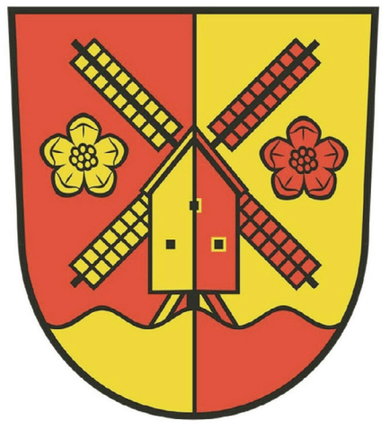
Unblock Cuba – Höhepunkt der Kampagne

Diskussionen und Debatten um Kuba wecken auch innerhalb der LINKEN sehr unterschiedliche Erwartungen. Kaum ein Land auf der Erde nährt Klischees und Spekulationen wie die sozialistischen Karibikinsel Kuba. Auch innerhalb unserer Regionalgruppe in Potsdam gibt es zahlreiche Debatten darüber, wie ein alternatives und sozialistisches Gesellschaftsmodell aussehen kann. Kritik an bestehenden Verhältnissen gehört eben dazu, wie Solidarität. Und genau hier vereinen wir uns als Cuba Sí Regionalgruppe, in der Solidarität mit einem Land, welches trotz der Jahrzehnte andauernden Interventionsversuche und trotz der erdrückenden weltweiten Übermacht des Neoliberalismus und seiner Institutionen ein Symbol des Widerstandes ist.
*Einer der Aspekte, die unsere Solidarität mit Kuba vertiefen, ist das US-Embargo. Die sogenannte Blockade, die seit rund 60 Jahren die Insel trifft, hat negative Auswirkungen auf die wirtschaftlichen und sozialen Rechte der dortigen Bevölkerung sowie auf die Souveränität des Landes. Die Versorgungslage der Kubaner*innen wird maßgeblich durch das Embargo verschlechtert und gerade in Zeiten der Pandemie ist der Import von Medikamenten und medizinischen Geräten erschwert.*
Die Kampagne Unblock Cuba versucht im Vorfeld der nächsten UN-Abstimmung, die auf Mai 2021 verschoben wurde, mittels großer Solidaritätsaktionen für Kuba und gegen die Blockade aufzurufen. Vor allem geht es darum, die Menschen über die US-Blockade und ihre verheerenden Auswirkungen für Kuba zu sensibilisieren. Gleichzeitig wollen Solidaritätsgruppen aus den verschiedenen europäischen Ländern politischen Druck ausüben. Die Hauptphase der Kampagne läuft vom 24. April bis zum 9. Mai, mit vielen Aktionen und Veranstaltungen. Die mehr als 100 beteiligten Organisationen, Vereine, Verbände und Medien aus 27 Ländern fordern ein Ende der seit über 60 Jahre andauernden Wirtschaftsblockade der USA gegenüber Kuba. Unter der US-Regierung Donald Trump sind die Regelungen mehrfach verschärft worden. Eine Rücknahme oder gar eine Beendigung der Blockade stehen derzeit nicht auf der Agenda des neuen US-Präsidenten Josef Biden.
Informiert euch und unterstützt die Kampagne unter: https://www.unblock-cuba.org/

Cuba Sí Regionalgruppe Potsdam

Fahrland hat gewählt: Die Mühle wird neues Wappen

Fahrland begeht 2022 seine 825-Jahr-Feier. Der Ortsbeirat hatte sich anlässlich dieser Feierlichkeiten überlegt, ein eigenes Wappen für Fahrland entwickeln zu lassen. Der dazu im März durchgeführte Wettbewerb im Ortsteil brachte ein klares Ergebnis: Es gab insgesamt 1.171 abgegebene Stimmen, von denen 1.162 Stimmen (99%) gültig waren. Davon entfielen auf Vorschlag 1 (Fisch und Pflug in rot-gold) 48 Stimmen (4%), Vorschlag 2 (Fisch und Pflug in rot-gold-blau) erhielt 45% mit 528 Stimmen. Damit konnte Vorschlag 3, die Mühle auf dem Wasser mit den Apfelblüten, mit 588 Stimmen insgesamt 50% für sich verbuchen.
Wir freuen uns über die große Beteiligung und das damit signalisierte große Interesse für das Wappen. Nun wird der Ortsbeirat das Votum der Bürger*innen noch formal beschließen und der Heraldiker Uwe Reipert wird dann die Reinzeichnung vornehmen sowie die Eintragung in die „Deutsche Ortswappenrolle“.



Wappen repräsentieren ihren Ort durch prägende Symbole und tragen so zur stärkeren Identifikation mit dem Wohnort bei. Sie regen an, sich mit dem Ort und seiner Geschichte auseinanderzusetzen und schaffen ein Zugehörigkeitsgefühl. Gleichzeitig sind sie auch ein Aushängeschild des Orts mit hohem Wiedererkennungswert. Fahrland hat sich für die Bockwindmühle entschieden. Sie erinnert neben den anderen früheren Mühlen an die noch heute in Fahrland existierende Mühle und deutet indirekt auch auf den Haupterwerbszweig Landwirtschaft hin. Die Apfelblüten sind außerdem ein Symbol für den zeitweise bedeutsamen Obstanbau sowie die Naturschönheiten der hiesigen Kulturlandschaft. Die Bedeutung der umgebenden Seenlandschaft wird durch die Wellenteilung hervorgehoben. Gleichzeitig präsentiert das Wassersymbol indirekt den zu allen Zeiten bedeutsamen zweiten Haupterwerbszweig, die Fischerei. Der Wappenschild ist ausschließlich in den Farben des Potsdamer Stadtwappens Rot und Gold gehalten und unterstreicht somit die Zugehörigkeit als Ortsteil.
Unser neues Wappen wird zur 825-Jahr-Feier im nächsten Jahr feierlich eingeweiht, dazu planen wir auch die Aufstellung von Ortseingangsschildern.

Tina Lange
Mitglied des Ortsbeirates und
Initiatorin des Projekts

In Kürze . In Kürze . In Kürze . In Kürze . In Kürze . In Kürze . In Kürze .

Fridays for Future Potsdam: Wir fordern Antworten!

Fridays for Future Potsdam fordert mehr Bürgerbeteiligung bei Fragen der Mitgestaltung der Stadt. Die Initiative hat zum Housing Action Day eine E-Mail-Kampagne angekündigt und sammelt jetzt Fragen, die von ausgewählten Politikern der Stadt beantwortet werden sollen. Worum geht´s? "Hohe Mieten, Grünschwund für Luxuswohnungen, Profite für Konzerne. Ist das, wie wir uns unsere Stadt vorstellen? Sozialer Wohnungsbau und Klimaschutz werden gegeneinander ausgespielt. Abholzung wird mit der Wohnungsnot begründet, hohe Mieten durch die Sanierung. Wo bleibt die Bürgerbeteiligung? Viele Fragen bleiben offen - lasst uns gemeinsam Antworten fordern!", heißt es in der Ankündigung.

Achtung Hobbyfotografen



Die Stadtwerke sucht für den EWP-Jahreskalender 2022 Bilder, die Potsdams grüne Aussichten zeigen und hat dafür einen Fotowettbewerb ausgeschrieben. Die Gewinner erhalten regionale Überraschungspakete und ihre Foto-Kalenderseite im Großformat. Der Wettbewerb läuft bis zum 15. Mai. Die Bedingungen der Teilnahme, die Anforderungen an die Bilder und alles weitere findet man unter [Auf die Kamera, fertig - grün!].
Foto: susanne906_pixabay

Gelungenes Zwei-Tage-Ferienencamp / Sommer-Camp-Anmeldung läuft

Zwei Tage lang konnten die Nachwuchskicker:innen aus der Potsdamer Region beim diesjährigen Kiezkicker-Osterferiencamp dem runden Leder auf dem Kunstrasenplatz des Karl-Liebknecht-Stadions hinterher jagen. Dann setzte die Corona-Notbremse des Landes Brandenburg dem bunten Ferientreiben ein Ende.
Dennoch waren die gemeinsamen Stunden auf dem Sportplatz für alle Kinder und ihre Familien ein voller Erfolg. Unter strenger Einhaltung der geltenden Hygienemaßnahmen, bot sich den 36 Sportler:innen die in den letzten Monaten knapp gewordene Gelegenheit, sich gemeinsam mit Gleichaltrigen an frischer Luft zu bewegen. Einen besonderen Dank möchten wir dabei an unsere vier Camp-Trainer:innen richten, die mit ihrem Einsatz die Durchführung des Nulldreier Kiezkicker-Fußballcamps ermöglicht haben.
Auch für die kommenden Sommerferien plant Nulldrei, mit der Hoffnung auf eine baldige Entspannung der Infektionslage, fest mit weiteren Ferienencamps im Nulldreier Wohnzimmer.

Tauschregal in Drewitz



Im Klimagarten auf der Wendeschleife in Drewitz steht seit neuestem ein Tauschregal. Wer also Dinge unbenutzt zu Hause herumliegen hat, die zu schade zum Wegwerfen sind - das Tauschregal freut sich drauf. Ist es erst einmal satt gefüllt, kann man dort natürlich auch stöbern und die Sachen, die einem gefallen, mit nach Hause nehmen.

Waschhaus verschiebt alle Maiveranstaltungen

Aufgrund der weiterhin bestehenden Infektionslage und den damit verbundenen Veranstaltungsauflagen/-verboten, werden alle für Mai geplanten Veranstaltungen vom Waschhaus verlegt. "Wir stehen mit einem schönen Open Air Programm (u.a. Open Air Kino, Lesungen, Konzerte) in den Startlöchern und hoffen auf eine baldige Eröffnung.", erklärt Pressesprecher Thomas Lindner.

Freundschaftsinsel mitgestalten



Ein Stück Potsdam mitgestalten. Die Freilichtbühne auf der Freundschaftsinsel wird fit gemacht für die Open Air Saison. #Kultur für alle. Danke an die Potsdamer Bürgerstiftung für ihr Engagement. Mitmachen lohnt sich.
Sascha Krämer #kulturmachtPotsdam